

9

**Kriegstagung**  
**des Bundes deutscher Frauenvereine.**  
(Eigener Bericht)

30. VI. 1916

Weimar, 29. Juni.

Die Aussprache am gestrigen Vormittag gab ein lebendiges Bild der Stimmung, wie sie in allen Kreisen der Frauenbewegung, welcher Richtung sie auch angehören, gegen manche Auffassungen und Maßnahmen der Bevölkerungspolitik im augenblicklichen Zeitpunkt herrscht. Es wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die Aufgabe der Bevölkerungspolitik ist die Schaffung gesunder wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen für Familienleben und Jugenderziehung in allen Volksschichten. Voraussetzung für die Wirksamkeit aller äußeren bevölkerungspolitischen Maßnahmen ist die Anerkennung des Grundsatzes der gleichen Moral, d. h. der gleichen sittlichen Verantwortung von Mann und Frau für Gesundheit und Kraft des Nachwuchses, die höhere gesellschaftliche Wertung der Mutterschaft, und eine Rechtsstellung der Frau in Familie und Staat, die ihrer selbständigen sittlichen Verantwortung für die Erfüllung ihrer Gattungsaufgaben Ausdruck gibt. Auf den Boden dieser Grundsätze tritt der Bund deutscher Frauenvereine für folgende einzelne Maßnahmen ein: 1) Volkswirtschaftliche Maßnahmen. a. Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung durch innere Kolonisation, in der Erwartung, daß ausreichende Rechtsgrundlagen geschaffen werden, welche solche Siedlungen dauernd den Zwecken erhalten; b. bessere wirtschaftliche Sicherung des selbständigen gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Mittelstandes; c. Wohnungsreform im Sinne einer gesunden Familienkultur und Kinderpflege; d. eine die Lebenshaltung der breiten Volksschichten tunlichst erleichternde Konsumtionspolitik auf Grund geförderter Inlandsproduktion. 2) Maßnahmen des Staates als Arbeitgeber. a. Ausreichende Haushaltszuschüsse an verheiratete Beamte; b. Aufhebung des Eheverbots der Beamtinnen und des Berufsverbots der Beamtinnen, sowie Beseitigung aller auf nicht mehr zeitgemäßen Standesrücksichten beruhenden Ehehindernissen. 3) Steuerpolitik. Abzug der für die Kindererziehung notwendigen Aufwendungen bei der Steuereinschätzung.

Die einzige Abendversammlung, die der Bund einberufen, hatte am Mittwoch so viele Hörerinnen angelockt, wie das Hoftheater fassen wollte, auch die Frau Großherzogin war mit ihrer Begleitung erschienen. Die Versammlung war dazu bestimmt, von den Vorsitzenden der Bunde der ungarischen, der österreichischen und deutschen Frauenvereine, berichten zu lassen, wie sich „Arbeit und Ideale der Frauenbewegung im Lichte der Kriegserfahrungen“ erwiesen haben. Gräfin Albert Apponyi berichtete über Ungarn.

Für die österreichischen Frauen sprach die bekannte, von den Anwesenden lebhaft und freudig begrüßte Veteranin der Frauen-

bewegung, Frau Marianne Hainisch-Wien, deren Frische noch immer ihrer Jahre spottet.

An Stelle der erkrankten Frau Heues-Knapp sprach dann Dr. Gertrud Bäumer auch über „Staat und Familie“. Wir dürfen der Gegenüberstellung der Bevölkerungsbewegung in den europäischen Ländern nicht kühl gegenüberstehen, weil wir an die Kulturbestimmung des germanischen Volkstums in der Welt glauben und daher die Ziffer nicht zu stark zurückgehen lassen dürfen. Trotzdem sollten in Zukunft die staatlichen Maßnahmen nicht mehr unter dem Gesichtspunkt stehen, daß alles Leben in unserem Volke Mittel zum Zweck der Machtbehauptung ist. Im Gegenteil muß der Schutz des jetzt doppelt kostbaren Gutes des menschlichen Lebens im Mittelpunkt aller staatlichen Politik stehen. Die Mutterschaftsversicherung ist auszubauen, der Gedanke ihrer Erweiterung zu einer Familienversicherung (Versicherung von Erziehungsbeihilfen) ernsthaft zu erwägen. Es muß gefordert werden, daß die Rechtsstellung der Frau und Mutter in der Familie der Würde und Verantwortung ihrer Aufgabe angepaßt wird. Aber es muß auch bei allen staatlichen Maßnahmen, die dem Schutz der Familie unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten dienen, die Ansicht von Frauen gehört werden. Die Frauen, die das vom Bevölkerungspolitik geforderte Verantwortlichkeitsbewußtsein haben, müssen fordern, Anteil an der Bestimmung über derartige Maßnahmen zu haben. In diese Forderung muß die Frage „Staat und Familie“ für uns Frauen unter allen Umständen ausklingen.

Am 4. Verhandlungstage — Donnerstag vormittag — sprach Fräulein Dr. Baum in Gegenwart der Frau Großherzogin über „Sozialhygienische Bevölkerungspolitik“. Jede sozialhygienische Tages- und Einzelarbeit soll eine Antwort auf die große Frage sein: Wie schafft das deutsche Volk sich eine ausreichende Zahl gesunder, kraftvoller, tatensfroher Menschen, um in und mit ihnen die Aufgaben auszuwirken, die uns als Volk gegeben sind? Dazu gehört in erster Reihe eine gesunde Wohnpolitik. Das Volk vermehrt sich in den Großstädten fast gar nicht. Die Engherzigkeit der Wohnverhältnisse erschwert die Wirtschaftsführung und die Erziehung von zahlreichen Kindern ungemein. Mit der Wohnpolitik muß Hand in Hand gehen eine Politik der Einkommensregelung. Der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ läßt sich aus unserer heutigen Wirtschafts- und Lohnpolitik nicht fortdenken. Für gesetzgeberische Taten ist die Frage jedoch als Ganzes noch nicht spruchreif, wenn auch wesentliche Einzelheiten — wie z. B. die Reichswochenhilfe — gesetzlich angeordnet werden können. Sofort nach dem Krieg sollte aber die Pionierarbeit großzügiger sozialer Wohlfahrtsarbeit einsetzen. Bei der Erziehung muß die Tatkraft in den Vordergrund gestellt werden. Die Begriffe Volkskraft, Volksgesundheit, Volksernährung sind in Schule und Haus zu neuem Verständnis zu bringen. Wir müssen geistige Vertiefung in die körperliche Betätigung hineinbringen. In den Mädchen ist die natürliche Begabung zur Kinderpflege und Erziehung zu benutzen. Vor allem ist für sie hauswirtschaftliche Ausbildung zu fordern. Schließlich muß eine planmäßige Wohlfahrtspolitik getrieben werden. Die Aufgabe der Wohlfahrtspflege ist, die Kulturbedürfnisse an die Massen des Volkes heranzubringen.